

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) deszustandsbericht gegeben. Perspektiven fehlen, Antworten auf drückende und drängende Fragen fehlen ebenfalls. Der Ministerpräsident hat damit seinen Gesetzauftrag nach dem Landesplanungsgesetz nicht wahrgenommen, und das müssen wir ihm bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen.

In der Medienpolitik, Herr Ministerpräsident, ebenfalls Fehlanzeige! Die immer weiter hinausgezögerte, obwohl dringend notwendige Vorlage des Landesmediengesetzes beweist, daß man den Ministerpräsidenten mit Recht einen Zögerer nennt.

Beim Zustandekommen des ebenso dringenden weiteren Rundfunkstaatsvertrages agiert der Ministerpräsident erfolg- und glücklos. Bereits bei der Mediendebatte am 12. Dezember habe ich gefragt, was der Ministerpräsident inzwischen bei seinem Kollegen Börner in Hessen für den Staatsvertrag erreicht hat. Heute wiederhole ich meine Frage. Wie im Dezember werde ich heute wahrscheinlich wieder keine Antwort erhalten.

Deshalb werden wir in der nächsten Woche unseren Antrag, die Landesregierung möge im Hinblick auf den Staatsvertrag tätig werden, aufgreifen und hier im Plenum zur Debatte und Abstimmung stellen, meine Damen und Herren, damit wir den Herrn Ministerpräsidenten endlich einmal zur Jagd tragen, wenn er denn schon nicht selbst jagen will.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Der Ministerpräsident schickt sich an, als Kanzlerkandidat der SPD in den bevorstehenden Bundestagswahlkampf zu ziehen. Angesichts der von mir aufgezeigten Widersprüche zwischen Reden und Handeln in der Sozialpolitik, in der Finanzpolitik, in der Führung und Organisation seines eigenen Hauses, in der Landespolitik, in der Medienpolitik kann ich mit Franz Josef Strauß nur feststellen: Der Franz Josef hat recht; die Kanzlerschuhe sind dem Herrn Rau zu groß, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, lange habe ich überlegt, wie man Sie bei dieser Negativbilanz und angesichts der Kanzlerkandidatur kurz und bündig charakterisieren soll.

Dabei fiel mir das sogenannte Peter-Prinzip ein. Mit diesem Prinzip wird nachgewiesen, daß in fast allen Fällen jedermann solange befördert wird, bis er die Stufe seiner Unfähigkeit erreicht hat. - Herr Ministerpräsident, Sie stehen am Absatz dieser letzten

Stufe. Für mich sind Sie der lebende Beweis dieses Peter-Prinzips. (C)

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Herbert Wehner hat jetzt ein Interview gegeben. Und ich weiß, der ist ja immer ein bißchen scharf und spricht die Sachen an. In dem Interview hat er gesagt: Herr Rau, das ist ein Mann, der in Wirklichkeit nichts von sich gibt.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Herr Ministerpräsident, dem hat man wirklich nichts mehr hinzuzufügen, - außer Ihrer Aussage, die Kanzlerschaft sei in Ihrer Lebensplanung nicht vorgesehen. - Nun, ich bin gewiß, Ihnen wird geholfen werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren! Die Fraktionen hatten vereinbart, vor Eintritt in die Beratung der Einzelpläne eine Generaldebatte zu führen. Diese Generaldebatte hat stattgefunden. Herr Abg. Dr. Pohl hat bereits zum Einzelplan 02 gesprochen, obgleich die Einzelpläne 01 und 02 noch nicht formell aufgerufen worden sind; ich bitte darum, das zur Kenntnis zu nehmen. Sicher wird die CDU-Fraktion damit einverstanden sein, daß die Darlegungen Herrn Dr. Pohls auf das Kontingent Ihrer Redezeit zu Einzelplan 02 verrechnet werden. (D)

Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 01: Landtag

Hierzu verweise ich auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/721 und eröffne die Beratung in zweiter Lesung.

Wird das Wort zum Einzelplan 01 - Landtag - gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist damit geschlossen.

Eine Abstimmung kann jetzt noch nicht stattfinden, und zwar aufgrund der von uns getroffenen Vereinbarung, daß bis 13.30 Uhr keine Abstimmungen durchgeführt werden.

Damit rufe ich nun auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzaus-

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) schusses Drucksache 10/722. - Mit den Drucksachen 10/791 bis 10/793 liegen Ihnen drei Änderungsanträge der CDU zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Büssow von der Fraktion der SPD.

Büssow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 02 ist immer Anlaß für grundsätzliche Erörterungen der Landespolitik und der politischen Zusammenhänge, in denen die Landesregierung arbeiten muß und in denen auch dieser Landtag steht. Selbst wenn wir jetzt gerade den Beginn einer Reform der Haushaltsdebatte miterlebt haben - Herr Kollege Dr. Worms hat vorhin darauf hingewiesen -, werden wir es uns nicht nehmen lassen, allgemeinerpolitische Bemerkungen zum Haushalt 02 zu machen. Herr Kollege Dr. Pohl hat dankenswerterweise hierzu die Stichworte geliefert.

Wir dürfen heute, zehn Monate nach dem 12. Mai 1985, feststellen, daß die Strategie der Union - dies ist ja die erste Haushaltsberatung nach der von der SPD gewonnenen Wahl in Nordrhein-Westfalen -, die nordrhein-westfälische Landesregierung - so möchte ich es einmal nennen - kaputtzureden, am Wähler gescheitert ist. Die Bonner Wendepolitik, die ebenfalls in Nordrhein-Westfalen bei einem Wahlsieg der Union eingeführt werden sollte, lehnten die Bürger unseres Landes mit eindrucksvoller Mehrheit ab. Zwischen Rhein und Weser hält man nicht viel von Ellbogen-Philosophie einer Zweidrittel Gesellschaft, die das andere Drittel aus der sozialen Mitte unserer Gesellschaft ausgrenzt.

(Beifall bei der SPD - Elfring (CDU):  
Versöhnen statt spalten, Herr Kollege  
Büssow!)

Gerade unter erschwerten ökonomischen Rahmenbedingungen werden wir in Nordrhein-Westfalen uns deshalb in dieser Legislaturperiode für eine solidarische Gesellschaft einsetzen und werden alles unternehmen, daß unsere Gesellschaft nicht in Starke und Schwache zerfällt. Gerade weil wir als Land keinen nennenswerten Einfluß auf die Einnahmeseite des Haushaltes haben - darüber ist ja vorhin gesprochen worden -, sind wir insbesondere auf die Leistungen stolz, die wir hier vollbracht haben. Wir lassen nicht zu, daß durch die Agitationsrhetorik der Opposition Nordrhein-Westfalen zum Schrottabladeplatz erklärt wird.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von  
der CDU)

(C) Die Destruktionstrategie der Union ist auch an den Menschen von Rhein und Ruhr gescheitert. Auch wenn Sie von der CDU nach dem selbst angerichteten Scherbenhaufen daraus wenig gelernt haben und anschließend Publikumsbeschimpfung betreiben, wie das Herr Abg. Heimes kurz nach der Wahl in seinem hier schon einmal erwähnten Traktat getan und eindrucksvoll demonstriert hat - die Tatsachen sprechen eine andere Sprache!

Erstens: Nordrhein-Westfalen hat das zweithöchste Produktivitätsniveau aller Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland.

Zweitens: Nordrhein-Westfalen hat das dritthöchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aller Flächenländer.

Drittens: Fast jede dritte Mark wird in Nordrhein-Westfalen erarbeitet; sein Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik beträgt 29,7 %.

Viertens: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich die dritthöchsten Konsumausgaben leisten.

Fünftens: Nordrhein-Westfalen hat das zweithöchste verfügbare Einkommen.

Sechstens: Ein Drittel des bundesdeutschen Exportes stammt aus Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.) und von  
Abgeordneten der CDU)

(D) - Sie mögen das alles nicht hören, nicht wahr? Ich verstehe das gar nicht! Sie sind doch auch nordrhein-westfälische Abgeordnete!

(Elfring (CDU): Das ist die Neue Armut!  
- Dorn (F.D.P.): Damit führen Sie Ihre  
Aussage über die Neue Armut selbst ad  
absurdum! - Zustimmung bei der  
F.D.P.)

- Ich komme gleich darauf zurück. Für das Stichwort bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Dorn. -

Siebtens: Nordrhein-Westfalen ist die Nummer eins für ausländische Investoren.

Achtens: Nordrhein-Westfalen hat nach Feststellung durch die "Creditreform" den zweithöchsten Anteil an Unternehmensgründungen.

Neuntens: Nordrhein-Westfalen verzeichnet überdurchschnittliche Erfolge beim Strukturwandel.

(Büssow (SPD))

(A) Zehntens: Ohne unsere - wohlverstanden im nationalen Interesse übernommenen - Kohlenlasten hätte Nordrhein-Westfalen die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Elfens: Nordrhein-Westfalen ist der drittgrößte Produzent elektronischer Erzeugnisse.

Last not least - zwölftens: Bei der Arbeitslosigkeit belegt Nordrhein-Westfalen einen Mittelplatz. Wir wünschten uns weniger Arbeitslosigkeit.

Im übrigen haben Sie sicherlich auch die Analyse der Commerzbank gelesen, die am 3. März 1986 in der "Süddeutschen Zeitung" veröffentlicht worden ist. Darin steht, daß Nordrhein-Westfalen wieder Tritt gefaßt hat. Und auch die Konjunkturanalyse der Landeszentralbank kommt zu ähnlichen Aussagen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Dies ist das Ergebnis einer zukunftsweisenden Politik - trotz restriktiver Haushaltsbedingungen. Wir werden im kommenden Jahr neue Schwerpunkte in der Umweltpolitik setzen, beim Naturschutz, bei der Sicherung des Gewässerschutzes, für die Landschaftspflege, für den Immissionschutz und die Altlast-Sanierung - im übrigen haben Sie sich bei der Altlast-Sanierung einem gemeinsamen Zusammengehen mit dem Land Nordrhein-Westfalen im Bund verweigert - , ferner bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bei der Fortsetzung der technologischen und forschungspolitischen Offensive sowie bei der Fortsetzung des Wohnungsbaus, um nur einige Ziele zu nennen.

(B)

Im Mittelpunkt der Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau steht die ökologische und ökonomische Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

Dieser Aufgabe werden wir uns mit großer Sorgfalt widmen. Dabei ist natürlich auch die Opposition aufgefordert, mitzutun. Denn schließlich ist dies nicht allein eine parteipolitische Aufgabe. Sie geht uns alle an. Ob die Oppositionsparteien bei diesen wichtigen Fragen unseres Landes jedoch kooperationsfähig sind, wird sich erst noch erweisen müssen. In der Umweltpolitik müssen wir beispielsweise zur Kenntnis nehmen, daß bei der Lösung der Probleme von Altlastsanierungen die CDU-geführten Bundesländer und auch die CDU-Bundesregierung, die Bonner Koalition also insgesamt nicht an einer Kooperation interessiert ist, sondern auf Konfrontation setzt. Hier nimmt der Bürger Schaden.

Auch durch den Finanzausgleich, die Steuerreform, die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik der Bonner Regierungsparteien werden einer aktiven Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen Grenzen gesetzt. In der Finanzpolitik verhindern die Bonner Entscheidungen - darauf hat Herr Kollege Farthmann hingewiesen - sogar die Konsolidierung des Haushalts von Nordrhein-Westfalen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, tragen mit Ihren Anträgen dazu sogar noch bei. Die Politik der Oppositionsparteien, die in Bonn zur Zeit die Regierung tragen, ist eine Politik für die wirtschaftlich Starken in dieser Gesellschaft. Sie richtet sich eben nicht an alle, sondern nur noch an jene, die einen sicheren Arbeitsplatz im Wirtschaftsleben haben. Junge Menschen, die von der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, Arbeitslose, die nicht mehr vermittelbar sind, ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien, die jetzt arbeitslos geworden sind, die aber bereits 10 oder 20 Jahre in der Bundesrepublik lebten und arbeiteten und damit zu unser aller Wohlstand beitrugen, werden ausgegrenzt. Diese Politik wird mit Kalkül betrieben und knüpft teilweise an soziale Vorurteilsstrukturen an, statt sie zu überwinden.

(C)

Die Regierungsparteien in Bonn glauben, daß eine Zwei-Drittel-Politik in unserer Gesellschaft für parlamentarische Mehrheiten ausreichend ist. Das ist ein Trugschluß. Das zeigen nicht nur die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, sondern jetzt auch die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Die Bildzeitung, die politisch komplizierte Probleme immer auf einen knappen Satz bringen kann, bringt am 4. März die Überschrift - das sage ich, weil Herr Kollege Pohl den Kanzler in die Debatte eingeführt hat -: "Wahlpleite - Kohl in Gefahr". Noch knapper kann man es gar nicht ausdrücken.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Übrigens lastet Ministerpräsident Barschel - wer gestern "Panorama" gesehen hat, konnte das hören - 5 Prozent der 6 Prozent, die in Schleswig-Holstein verloren wurden, dem Bonner Konto an. Zum § 116 leiste ich mir gleich noch eine Bemerkung.

Das zeigen also nicht nur die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, sondern das werden auch die nächsten Wahlen zeigen: Ellenbogenpolitik ist in keinem Land Europas längere Zeit durchzuhalten, wie auch das Beispiel Großbritannien anschaulich beweist. Es gibt nämlich in Europa - das verkennen Sie von der Opposition - und damit auch bei uns Deutschen ein

(Büssow (SPD))

- (A) traditionsreiches Vorverständnis von einer Politik, die sich auf den Wert der Solidarität begründet, die Sie verletzen. Wir müssen befürchten, daß Solidarität für Sie keine Handlungsorientierung mehr ist, sondern nur noch eine Rethorikformel. Anders kann man Ihre Politik gegen die Gewerkschaften, zum Beispiel bei der Änderung des § 116 AFG, nicht mehr deuten. Sie begünstigen einseitig die Unternehmen und schwächen die Gewerkschaften. Das sind die Auswirkungen der konservativen Sicht der Dinge, die wir seit September 1982 über uns ergehen lassen müssen.

Welches soziale und seelische Leid sich in unserer Gesellschaft bei vielen Menschen in unserem Land ausgebreitet hat - Herr Dorn, übrigens nicht nur in Nordrhein-Westfalen -, das ist erschütternd. Sozialexperten sprechen heute davon, daß bereits mehr als 5 Millionen Menschen von einer neuen Armut betroffen sind. Wenn ich daran denke, wie viele verzweifelte Eltern in die Sprechstunden von Abgeordneten - von mir, und ich bin ganz sicher: auch von Ihnen - kommen und sie anrufen und fragen, ob sie Ausbildungsstellen vermitteln können, oder wenn Langzeitarbeitslose bereits im Alter von 40 bis 45 Jahren hoffnungslos sind, dann kommt Verbitterung über die Bonner Sprüche auf: vom dauerhaften Aufschwung, der sich eingestellt haben soll, von der harten D-Mark und den Gewinnen der Unternehmen, die sich in zusätzlichen Arbeitsplätzen ausdrücken würden.

- (B) Nie traf ein Satz des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen so exakt diese Situation wie der, mit dem Johannes Rau sagte, ihm könne ein Aufschwung gestohlen bleiben, wenn er nicht mit einem Aufschwung der Beschäftigung und dem Abbau von Arbeitslosigkeit einhergehen würde.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik der Zwei-Drittel-Gesellschaft marginalisiert Rentner und Auszubildende, Behinderte und Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Kranke. Und bei der Steuerentlastung werden die Besserverdienenden gegenüber den mittleren und kleinen Einkommensbesitzern überproportional bevorteilt. Diese Politik erinnert fatal an den Satz von Ernst Bloch: "Da es nicht für alle reicht, springen die Armen ein." Für den Fall, daß Sie von Ihrem persönlichen Umfeld her dazu keine Kontakte mehr haben, obwohl wir sie alle haben könnten, empfehle ich Ihnen einmal die Lektüre der Arbeiterwohlfahrt "Der Sozialstaat als Zielscheibe".

(Zuruf von der CDU: Vielen Dank für die Belehrung!)

Wer aber glaubt, es handele sich dabei um eine einseitige Darstellung, die der SPD zuliebe die Lage dramatisiere, dem empfehle ich, auch die Stellungnahme des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche von Westfalen zur gegenwärtigen sozialpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik zur Kenntnis zu nehmen. Darin heißt es unter anderem - ich darf zitieren -:

Im Alten Testament wie im Neuen Testament tritt Gott für die Armen ein und ermahnt die Reichen und die Mächtigen, das Recht der Armen nicht zu beugen.

2. Moses Kapitel 23 Vers 6.

(Allgemeine Heiterkeit)

- Ja, ich habe die Quelle zitiert, damit Sie es auch nachlesen können.

Daß es eine neue Armut in einer Zeit von weltwirtschaftlichen Verwerfungen gibt, das, meine Damen und Herren, wirft Ihnen keiner vor. Aber daß Sie untätig zuschauen, ob das freie Spiel der Kräfte auf diese drängenden Fragen selbst die Antworten produziert, das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen.

(Zustimmung bei der SPD)

Eine Politik, die die entscheidenden Fragen unserer Gesellschaft, die sich eine sozialstaatliche Verfassung gegeben hat, durch "Aussitzen" beantwortet, strahlt nicht mehrheitssichernde Jovialität aus, sondern abschreckende Kühle.

(Zustimmung bei der SPD)

Kurt H. Biedenkopf mahnt in seinem Buch über die neue Sicht der Dinge, das ich jetzt gar nicht rezensieren möchte, uns davor zu hüten, daß unser Land in die Zerrissenheit des sozialistischen Klassenkampfes zurückfällt. Ich zitiere:

Die Überwindung dieses Konkurrenzkampfes, an dem die Weimarer Republik und die Kraft ihrer demokratischen Parteien zerbrochen sind, ist die große Leistung unserer freiheitlichen Nachkriegsgeschichte.

An anderer Stelle führt der Autor zu den Voraussetzungen eines gesellschaftlichen Wandels aus:

Das Konsensniveau ist deshalb ein wichtiger Maßstab für die Entwicklung einer Gesellschaft, für ihre Qualität. Je größer die Gemeinsamkeit an kultureller,

(Büssow (SPD))

- (A) geistiger, gesellschaftlicher und politischer Anschauung und Überzeugung, um so höher ist der kulturelle politische Entwicklungsstand einer Gesellschaft. Umgekehrt nimmt das Maß der Gemeinsamkeit ab, geht auch die Fähigkeit zurück, eine komplexe, dezentrale Gesellschaft als Einheit zu erleben.

So weit Biedenkopf!

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn man diese Texte liest, möchte man Sie fragen: Merken Sie eigentlich gar nicht, daß es gerade Ihre Politik ist - die der Union und der Freien Demokraten in Bonn -, die das Konsensniveau in unserer Gesellschaft auf dramatische Weise absenkt,

(Zustimmung bei der SPD)

daß Sie eine traumwandlerische Fähigkeit entwickeln, unsere Gesellschaft zu polarisieren? Ja, ich wage die These auszusprechen: Wenn Sie in Bonn so weitermachen können, setzen Sie die gesellschaftliche Integration der Bundesrepublik Deutschland aufs Spiel.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zur Personalpolitik der Staatskanzlei wurden bereits einige Anmerkungen von dem Kollegen Dr. Pohl gemacht. Ich kann mich kurzfassen. Die Oppositionsparteien lehnen die Stellenvermehrung in der Staatskanzlei ab. Das ist natürlich ihr gutes Recht. Damit befinden sie sich aber im Dissens zum Sondergutachten des Landesrechnungshofs, das die CDU-Fraktion am 27. Februar 1984 selbst angefordert hat - mit der Bitte, zu prüfen, ob die Personalausstattung dem Personalbedarf aufgrund der Aufgaben unter Berücksichtigung des Grundsatzes von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht.

- (B) Interessant ist nun, was der Landesrechnungshof in seinem Bericht am 7. Januar 1986 ausgeführt hat. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten.

Der Landesrechnungshof hat aufgrund der Interviews mit den Referenten der Staatskanzlei und aufgrund der sonstigen Prüfungsverhandlungen bis zur Änderung der Geschäftsverteilung in der Staatskanzlei am 1. September 1985 keinen konkreten Grund zu einer sachlich begründeten Annahme, daß allgemein oder an bestimmaren Arbeitsplätzen die Aufgaben mit wesentlich geringerem Personalaufwand erfüllt werden kann.

Und an anderer Stelle:

(C)

Der Landesrechnungshof hält von den 25 neuen Stellen, für die die Staatskanzlei einen unabweisbaren Bedarf annimmt, 5 Stellen im Bereich des inneren Dienstes für unentbehrlich, so daß ein Bedarf von 20 Stellen zu decken wäre.

Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof ergänzt seine Stellungnahme durch Deckungsvorschläge. Wir haben diese Fragen im Hauptausschuß gemeinsam mit der Staatskanzlei und dem Landesrechnungshof mehrfach ausführlich erörtert. Dabei konnte - was meine Fraktion übrigens sehr befriedigt, meine Damen und Herren - eine Annäherung zwischen den Auffassungen der Staatskanzlei und des Landesrechnungshofes realisiert werden. Im übrigen wurde der Satz Lügen gestraft, den der Oppositionsführer heute ausgesprochen hat: daß die Diskussionsbeiträge der Opposition von uns nicht aufgenommen würden. Gerade am Beispiel des Haushalts des Ministerpräsidenten hat die SPD-Fraktion gezeigt, wie sie sehr wohl auf die Argumente auch der Oppositionsparteien eingeht, wenn sie vernünftig und tragbar sind.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Schauerte und Paus (CDU))

- Ja, aber bitte schön Sie doch auch nicht! Oder etwa doch? Nun lassen Sie doch solche Zwischenrufe; das hilft nicht weiter.

(D)

Ich will gar nicht wegdiskutieren, daß in einzelnen Fragen weiterhin unterschiedliche Auffassungen zwischen der Staatskanzlei und dem Landesrechnungshof geblieben sind. Dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß der unabweisbare Aufgabenzuwachs der Staatskanzlei auch zu einer angemessenen Personalausstattung führen muß. Ich weise wie in den Vorjahren noch einmal darauf hin, daß unsere Staatskanzlei im Vergleich zu anderen, vorzugsweise süddeutschen Staatskanzleien nach wie vor nicht üppig ausgestattet ist. Sie selber, meine Damen und Herren von der Opposition, haben ja hier Arbeitsdefizite der Regierung in der Medienpolitik beklagt. Das ist ein uneingeschränkter Sachbereich der Staatskanzlei. Wir wissen, daß von der Landesregierung in Kürze ein umfassendes Landesmediengesetz zu erwarten ist, das wir hier beraten und verabschieden müssen. Auch danach verbleibt weiterhin Arbeitsbedarf. Dies führt also zu einem konkreten Personalmehrbedarf, der nicht befristet gilt.

(Büssow (SPD))

- (A) Der Landesrechnungshof hat deshalb die Einrichtung einer Mediengruppe in der Staatskanzlei für bedarfsgerecht gehalten. Es wird Ihnen aufgefallen sein, daß die Anträge der SPD zum Personalhaushalt der Staatskanzlei sich genau auf dem anerkannten Bedarfslevel des Landesrechnungshofs bewegen. Wie den Beschlußfassungen und den Beschlußempfehlungen des Hauptausschusses vom 21. Februar 1986 zu entnehmen ist, bleiben nunmehr 15 Stellenanforderungen gegenüber der ursprünglichen Einstellung von 27 neuen Planstellen übrig. Wir waren übrigens auch der Auffassung, daß die Forderung der Staatskanzlei angesichts der Gesamthaushaltsslage nicht zu erfüllen wäre.

(Elfring (CDU): Aha!)

Aber darüber, meine Damen und Herren von der Opposition, hätten Sie auch einmal ein Wort verlieren können: daß die SPD-Fraktion mit Hilfe der Landesregierung und mit Hilfe - Gott sei Dank - des Landesrechnungshofes, der wertvolle Beratungshilfe geleistet hat, zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Ein weiterer Antrag zum Einzelplan 02 bezieht sich auf die Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildung. Dazu haben wir die Wiederherstellung des Vorjahresansatzes vorgenommen, weil wir eine Kürzung nicht hinnehmen konnten.

- (B) Gestatten Sie mir zum Schluß eine allgemeine Bemerkungen zur Haushaltslage Nordrhein-Westfalens. Wie sich die Schuldenlast in unserem Lande zusammensetzt, vor allem wie sie entstanden ist, ist ja dank der unermüdlchen Aufklärungsarbeit von Finanzminister Dr. Diether Posser immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen, in der Bundesrepublik, im Bundestag und bei der Bundesregierung deutlich geworden. Das muß man einmal sagen. Man darf auch einmal Dankeschön für die Aufklärungsarbeit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Man muß sich vorstellen, daß Nordrhein-Westfalen ohne die Sonderlasten und ohne die Strukturkrise in der Stahlindustrie nach Bayern den zweitbesten Länderhaushalt hätte.

Noch einmal: Auf die Einnahmenseite des Haushaltes haben wir als Land keinen nennenswerten Einfluß. Deshalb muß, wenn das Ziel der weiteren Begrenzung und Absenkung des Nettokreditrahmens weiterhin besteht, nur die Ausgabenseite des Haushaltes beeinflußt werden. Daß uns der Einschnitt in Leistungsgesetze, die drängende Personalpolitik wehtut - ja, das brauchen Sie

uns doch nicht zu sagen. Das können Sie uns wirklich abnehmen. (C)

(Zuruf des Abg. Paus (CDU))

Für die Verteilungskämpfe in den Ländern liegt die Ursache nicht allein bei den Ländern selbst, sondern sie liegt in der unzureichenden Finanzausstattung der Länder, bei der der Bund ein Wort mitzureden hat.

(Schauerte (CDU): Und die Steuermehereinnahmen?)

Die Polemik der CDU gegen die sozialdemokratische Regierungspolitik, die auch Kürzungen bei den Sozialleistungen und beim Personalhaushalt vornehmen mußte, setzt kalt auf die mangelhafte Information der Bürger in unserem Lande. Die CDU klärt nicht auf, sondern verschweigt die tatsächlichen Zusammenhänge von Ursache und Wirkung. Diese Politik hat der Fraktionsvorsitzende der Union, Herr Dr. Worms, zur sogenannten Halbjahresbilanz am 11. November 1985 in seiner Pressekonferenz begonnen.

Die Opposition beklagt in dieser Pressekonferenz einerseits die Verschuldung des Landes. Sie geißelt aber andererseits die vorgenommenen Kürzungen, ohne selbst Alternativen deutlich zu machen. Das ist in der finanzpolitischen Debatte heute herausgearbeitet worden. Man möchte mit Shakespeare sagen: "Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode", was den Haushalt angeht. (D)

(Schauerte (CDU): Ihr Haushalt hat Methode?)

Ihre Kritik an der Finanzlage des Landes ist jedoch deshalb pharisäerhaft, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den Jahren der größten Haushaltssteigerung, die im wesentlichen durch die Ausweitung der Kreditaufnahme erfolgt ist, nämlich 1977 bis 1989, die Opposition die Haushaltsansätze der Regierung mit eigenen Anträgen und Zusatzanträgen übertraf.

(Lichtsignal am Rednerpult)

- Ich habe verstanden. Das irritiert nämlich immer, wenn hier die Lampe aufleuchtet. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den Jahren der größten Haushaltssteigerung, die im wesentlichen durch die Ausweitung der Kreditaufnahme erfolgt ist, 1977 bis 1981 die Haushaltsansätze der Regierung von der Opposition noch übertroffen werden, Herr Schauerte, das ist ja für Sie ganz interessant zu wissen. Ihre Vorschläge sprengten nämlich den Ausgabenrahmen 1977 mit 1,07 Milliar-

(Büssow (SPD))

- (A) den DM, 1978 mit 1,2 Milliarden DM, 1979 mit 640 Millionen DM, 1980 mit 26 Millionen DM, 1981 mit 44 Millionen DM. Ich mache noch einen Sprung zum heutigen Tag, wo Sie noch einmal aufgesattelt haben. Man kann sagen, unterstellt, die Union hätte ihre eigenen Anträge immer ernstnehmen können und durchgebracht, dann wäre die Verschuldung, wenn sie akzeptiert worden wäre,

(Abg. Schauerte (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- nein, ich habe noch zwei Minuten und muß dann aufhören -, die Verschuldung Nordrhein-Westfalens bei einer CDU-Mehrheit größer, als sie jetzt in diesem Lande ist. Das muß man doch einmal festhalten.

Nicht anders verhält sich auch die F.D.P., der die Wähler von Nordrhein-Westfalen von 1980 bis 1985 eine Denkpause verordnet haben. Als Koalitionspartner der SPD hat sie in der 8. Legislaturperiode diese Haushalte alle mitgetragen, alle, Herr Dr. Rohde. Sie hatten auch übrigens alle ihre Berechtigung. Davon braucht man sich heute nicht zu distanzieren. Davon wollen Sie jedoch nichts mehr wissen. Aber glauben Sie nicht, daß politische Parteien, auch solche, die mit der Beweglichkeit von Ihnen ausgestattet sind, sich aus der eigenen Verantwortung hier herausmogeln können. Wer, wie die Konservativen, beispielsweise in der Bildungspolitik das Fach Geschichte gegen andere Fächer in der Bildungspolitik ausspielt, muß sich gefallen lassen, an die eigene Geschichte erinnert zu werden. Die Opposition, so lernen es jedenfalls die Schüler in den Schulen unserer Republik, ist doch immer die potentiell andere Regierung im Wartestand. Oppositionsparteien sollen sich durch die Fähigkeit auszeichnen, Alternativen zur Regierungspolitik zu entwickeln. Dazu war die Union in den letzten Jahren nicht in der Lage, und die F.D.P. ist es heute auch nicht.

Meine Damen und Herren, wir werden diesem Haushalt zustimmen und Ihre Änderungsanträge zu Einzelplan 02 ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Das überrascht uns!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Büssow, es lag mir fern, Sie zu irritieren. Ich wollte Ihnen nur mit der Zeitanzeige die Möglichkeit geben, sich innerhalb der vereinbarten Redezeit zu halten.

Als nächster hat Herr Abg. Dr. Schaumann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Farthmann, eigentlich wollte ich nicht, aber nach Ihrer Rede muß ich doch leider wollen oder selber wollen, sicher mit dem gleichen Recht auf Allgemeinheit wie Herr Büssow, der neuerdings auch die Bibel gefunden hat, wie ich mit Erstaunen festgestellt habe.

Ihr Haushalt, meine Damen und Herren Sozialdemokraten, ist aus meiner Sicht eine unsoziale Tat, die Sie mit der Formel von der Solidarität rechtfertigen wollen. Herr Farthmann, Sie rechtfertigen diese Sitzung damit, daß Sie sagen, wir müssen der Öffentlichkeit ein Staatsschauspiel aus Informationsgründen vorführen. In der Tat, Sie müssen so argumentieren, weil die Worte Ihres Ministerpräsidenten, er sei offen für Vorschläge der Opposition, nicht eingelöst worden sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Sozialdemokraten sind nach meinem Eindruck und dem meiner Fraktion absolut dicht und starr in diesen Haushaltsberatungen gewesen. Sie beglückwünschen sich ja ständig selbst und wollen das Plenum miteinbeziehen. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich verdeutliche noch einmal. Wir haben Ihnen ein geschlossenes Konzept vorgelegt: 1 Milliarde DM jetzt sparen, die Neuverschuldung bis 1990 auf Null bringen. Dies ist der grobe Rahmen unseres Konzeptes.

Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, daß die F.D.P. sachliche Kürzungsvorschläge im Umfang von ungefähr 210 Millionen DM gemacht hat. Es hat zu diesen Sachvorschlägen keine ausreichende Beratung in den Ausschüssen stattgefunden.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die F.D.P. dort Mehrausgaben in Höhe von ungefähr 750 Millionen DM verlangt hat, wo sie es aus struktur- und sachpolitischen Erwägungen für nötig hält. Auch darüber hat sich niemand mit uns von Ihnen, meine Damen und Herren Sozialdemokraten, auseinandergesetzt.

Herr Farthmann, was Sie zu Juliustürmen, zu schwarzen oder roten Kassen gesagt haben, entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie. Das war ja keine Erfindung der Freien Demokraten, sondern es handelt sich hier um den unabhängigen Landesrechnungshof, der beides entschieden kritisiert hat. Es war mir eine tiefe Offenbarung, in welcher Art Sie mit

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) dieser Institution und ihren Feststellungen umgehen. Unsere Vorschläge, die wir zu diesen beiden Bereichen gemacht haben, als unseriös zu bezeichnen, heißt den Landesrechnungshof zu desavouieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Farthmann, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß wir angesichts dieses Ihres Vorgehens konsequent sind und alles tun, damit Ihre Guillotine wenigstens hier im Plenum keine Köpfe mehr rollen läßt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine nette Variante zum Schluß, Herr Farthmann: Nachdem Sie den Landeshaushalt so spät eingebracht haben, sorgen wir durch unser Verhalten wenigstens dafür, daß er möglichst schnell verabschiedet wird. Darin sind wir uns ja einig.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung zum Einzelplan 02 ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge Drucksachen 10/791 bis 10/793 ab.

- (B) Ich lasse nun abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 10/791; Antragsteller ist die CDU. Der Antrag betrifft Kapitel 02 010 Titel 422 10, 425 10 und 426 10. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen? - Das letztere war die Mehrheit; bei Stimmhaltung der F.D.P. ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag Drucksache 10/792, Antragsteller CDU. Der Antrag betrifft Kapitel 02 010 Titelgruppe 60 Titel 527 60. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Stimmhaltungen? - Mit dem gleichen Ergebnis ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 10/793 der CDU. Der Antrag betrifft Kapitel 02 010 Titelgruppe 60 Titel 526 60. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen! - Bei Stimmhaltung der F.D.P. mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu der Abstimmung über den Entwurf des Einzel-

plans 02 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/722. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltung? - Das erstere war die Mehrheit. Damit ist der Einzelplan 02 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Einzelplan 03 auf.

(Zurufe: 01!)

- Wir wollten diesen eigentlich am Schluß erledigen. Aber wenn Sie es so wünschen.

Ich rufe auf:

#### Einzelplan 01: Landtag

Die Beratung war bereits geschlossen. Es geht nur noch um die Abstimmung.

Wer für den Entwurf des Einzelplans 01 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/721 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen? - Der Einzelplan 01 ist in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

#### Einzelplan 03: Innenminister

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/723.

Mit Drucksache 10/794 liegt Ihnen ein Änderungsantrag zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Paus von der Fraktion der CDU.

Paus (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 ist ein reiner Verwaltungshaushalt. In finanziell guten Jahren kann man von diesem Haushalt kaum politische Schwerpunkte erwarten. Aber selbst bei der jetzigen Haushaltsmisere muß ein solcher Verwaltungshaushalt nach unseren Vorstellungen das Funktionieren der inneren Verwaltung und vor allem das Funktionieren des gesamten Bereiches der inneren Sicherheit gewährleisten. Diesen Minimalansprüchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird der

(C)

(D)